

Magdeburg

PROF. DR. BERNHARD VOGEL
 EHRENVORSITZENDER DER KONRAD-
 ADENAUER-STIFTUNG
 MINISTERPRÄSIDENT A.D.

6. September 2011

www.kas.de

Quo vadis Volksparteien? Entwicklungen in unserer Partei- enlandschaft

VORTRAGSVERANSTALTUNG DES BILDUNGSZENTRUMS SCHLOSS WENDGRÄBEN

Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Es bereitet mir große Freude, heute Abend hier in Magdeburg zu sein, der Hauptstadt von Sachsen-Anhalt. Doch sie ist nicht nur die Hauptstadt von Sachsen-Anhalt, sondern einer der bedeutendsten Orte der deutschen Geschichte.

Vor ein paar Tagen hat Angela Merkel im Dom den Kaiser-Otto-Preis verliehen bekommen. Vor ein paar Jahren war ich dabei, als Władysław Bartoszewski, der Brückenbauer der Freundschaft zwischen Polen und Deutschland, ihn bekam.

Ich freue mich, in einem blühenden Mittelpunkt unseres gemeinsamen Vaterlandes zu sein, hier in Magdeburg.

Sehr gerne bin ich der Einladung von Ronny Heine gefolgt, der nach meinem Eindruck sehr gute Arbeit als Beauftragter der Konrad-Adenauer-Stiftung für Sachsen-Anhalt und als Leiter unseres Bildungszentrums im Schloss Wendgräben leistet. Herzlichen Dank, Herr Heine!

Besondere Freude bereitet mir natürlich auch, dass Wolfgang Böhmer mir die Ehre gegeben hat, zu kommen. Ich hatte bekanntlich eine nur kurze Amtszeit als Ministerpräsident und ich habe einmal nachgezählt: 62 Kolleginnen und Kollegen habe ich in mehr als 23 Jahren kommen und gehen sehen. Einer der bemerkenswertesten Köpfe war für mich Wolfgang Böhmer. Er hat sich durch seine ganz andere Art als Politiker Politik zu betreiben, nicht nur um Sachsen-

Anhalt und um die Union, sondern um unser ganzes Vaterland verdient gemacht.

Lieber Wolfgang Böhmer, Sie haben in den kurzen Worten Ihrer Einführung den Nagel auf den Kopf getroffen: Volkspartei zu sein ist eine Frage des Stimmengewichts; aber nicht nur des Stimmengewichts, sondern auch, ob sie eine Partei für das Ganze ist, ob sie alle Regionen, alle Konfessionen, alle Altersschichten, beide Geschlechter, alle sozialen Gruppierungen vertritt oder nicht. Auch das ist für die Definition einer Volkspartei von entscheidender Bedeutung.

„Quo vadis?“ So lautet der Titel eines erfolgreichen Romans vom Anfang des 20. Jahrhunderts. Sein Autor, der polnische Schriftsteller Henryk Sienkiewicz wurde 1905 mit dem Literatur-Nobelpreis ausgezeichnet.

Die Frage „Wohin gehst du?“ wird in diesem Roman an Petrus gestellt, der das unter Nero brennende Rom fluchtartig verlassen will, dabei an den Mauern von Rom Christus entgegen tritt, der ihn anweist: Wenn es brennt, flieht man nicht, sondern dann be gibt man sich ans Löschen.

Quo vadis Volksparteien? Wie steht es um die Volksparteien? Wohin gehen sie? Gemeint ist damit im allgemeinen Sprachgebrauch: Was wird aus der Union und was wird aus der SPD?

Am 4. September haben in Mecklenburg-Vorpommern beide Volksparteien zusammen 58,8 Prozent erreicht. Die bedauerli-

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

Magdeburg

PROF. DR. BERNHARD VOGEL
EHRENVORSITZENDER DER KONRAD-
ADENAUER-STIFTUNG
MINISTERPRÄSIDENT A.D.

6. September 2011

www.kas.de

chen Verluste der CDU sind durch fast gleich hohe Gewinne der SPD – was die beiden Volksparteien zusammen betrifft – ausgeglichen worden. Beide blieben die beiden stärksten Parteien im Landtag von Mecklenburg-Vorpommern.

Ähnlich sah es bei den anderen Wahlen dieses Jahres hinsichtlich der Volksparteien aus: In Hamburg entfielen auf CDU und SPD zusammen 70 Prozent, in Sachsen-Anhalt 54 Prozent, in Rheinland-Pfalz 70 Prozent.

In Baden-Württemberg kamen CDU und SPD zusammen auf 62 Prozent. Dort haben die GRÜNEN besser abgeschnitten als die Sozialdemokraten und stellen zum ersten Mal den Ministerpräsidenten.

In Bremen liegt die CDU auf dem dritten Platz hinter den GRÜNEN und den Sozialdemokraten. Im Osten liegt die Linke häufig auf Platz zwei und die SPD erst auf Platz drei, bspw. in Sachsen und auch in Thüringen.

Bei der Bundestagswahl 2009 hat die Union 33,8 Prozent und die SPD 23 Prozent erreicht – zusammen knapp 57 Prozent. Doch es war eine wesentliche Veränderung gegenüber früher: Bei der ersten gemeinsamen Wahl 1990 erreichten die beiden Volksparteien zusammen noch über 77 Prozent. Bei der Bundestagswahl von 1972 waren es sogar über 90 Prozent.

Diese deutliche Veränderung – über 90 Prozent 1972, knapp 57 Prozent 2009 – hat zu einer heftigen bundesweiten Diskussion unter Politikern, Journalisten, Wissenschaftlern und in den Medien geführt. Sie hat die Frage aufgeworfen, ob eine Krise der Volksparteien herrsche – nach Krise wird ja häufig schnell gerufen; das erleben wir alle Tage – oder ob gar vom Ende der Volksparteien gesprochen werden müsste; ob das Modell der Volksparteien in Deutschland ausgedient habe.

Über viele Jahrzehnte haben die beiden großen Volksparteien das politische Erscheinungsbild der alten und in den ersten Jahren der neuen Bundesrepublik geprägt. Jeweils eine von ihnen stellte den Bundes-

kanzler oder in den Ländern den Ministerpräsidenten oder die Ministerpräsidentin, unterstützt von einer kleinen Partei. Die andere große Volkspartei bildete – und das ist nicht weniger wichtig – eine schlagkräftige Opposition. In England sagt man: die Regierung von morgen.

42 Jahre hat in der Bundesrepublik ein Mitglied der CDU als Kanzler die Bundesregierung geleitet, 20 Jahre ein Mitglied der Sozialdemokraten. Große Koalitionen waren unbeliebt und selten. Nur unter ganz bestimmten Umständen – einmal in den späten 60er Jahren, bei der Ablösung von Ludwig Ehrhardt, und einmal in den Jahren nach 2005 – hat es sie gegeben.

Die beiden Volksparteien waren in der Tat – das muss man sich deutlich machen – Garanten einer bemerkenswerten Stabilität. Sie haben beide ganz entscheidend zur Sicherung der Demokratie und zur breiten Zustimmung der Wählerschaft zu unserer parlamentarischen Demokratie beigetragen. Sie sind mit dem beispielhaften Aufstieg der Bundesrepublik nach 1945 eng verbunden.

Ihr Erfolg hängt von ihrer Fähigkeit ab, unterschiedliche gesellschaftliche Gruppen und Interessen übergreifend zu integrieren und sich nicht – wie bei kleinen Parteien – nur auf ausgewählte Gruppen der Wählerschaft zu konzentrieren und den Erfolg nur daran zu messen, wie man diese ausgewählten Gruppen tatsächlich erreicht.

Dies war nicht immer so. Dem ersten Deutschen Bundestag gehörten zehn Fraktionen an. Das im Wesentlichen bis heute unveränderte Wahlrecht zum Bundestag – das personalisierte Verhältniswahlrecht – begünstigt die Entwicklung von Volksparteien keineswegs. Ganz im Gegensatz zum Mehrheitswahlsystem, wie wir es aus England oder den Vereinigten Staaten kennen, wo durch das Wahlsystem ein Zweiparteiensystem praktisch vorgegeben ist und sich nicht erst durch den Wähler herstellen muss. Die Herausbildung und die beschriebene Rolle der beiden Volksparteien hat sich in Deutschland trotz und nicht wegen des Wahlsystems entwickelt.

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

Magdeburg

PROF. DR. BERNHARD VOGEL
EHRENVORSITZENDER DER KONRAD-
ADENAUER-STIFTUNG
MINISTERPRÄSIDENT A.D.

6. September 2011

www.kas.de

Adolf Hitler hat, nach der Machtergreifung 1933, alle demokratischen Parteien aufgelöst. Einige sind ihm durch Selbstauflösung zuvorgekommen.

Nur eine einzige Partei, die Sozialdemokratische Partei Deutschlands, hat die nationalsozialistische Diktatur überlebt – zum Teil in der inneren Emigration, zum Teil in London, zum Teil in der Schweiz. Sie trat sofort nach dem totalen Zusammenbruch wieder auf den Plan. Kurt Schumacher, eine charismatische Gestalt, die zehn Jahre in Konzentrations- und Gefangenenlagern gesessen hatte; die im Krieg ein Bein und im Konzentrationslager einen Arm verloren hatte, war ihr unbestrittener Führer in Hannover, im Westen Deutschlands. Unter schwierigen Umständen wurde sie in der herausziehenden DDR ein Opfer der Zwangsvereinigung mit der SED, den die Mehrheit gegen ihren Willen, allerdings nicht gegen den Willen aller, vollziehen musste.

Zwei liberale Parteien, die am Ende der Weimarer Republik auf ein kleines Minimum zusammengeschrumpft waren, haben sich nach dem Zweiten Weltkrieg unter Führung von Theodor Heuss, dem ersten Bundespräsidenten zu einer liberalen Partei, zur FDP vereinigt.

Erstaunlicherweise kam es nach dem totalen Zusammenbruch nach 1945 nur zu einer einzigen echten Neugründung: der Christlich Demokratischen bzw. – in Bayern – der Christlich Sozialen Union.

Beide Unionsparteien überwandene konfessionelle Schranken, während es im Kaiserreich und in der Weimarer Republik noch eine relativ stabile katholische Partei, das Zentrum, gegeben hat. Das Zentrum und die immer schwächer werdende evangelische Gruppierung haben sich nach dem Zweiten Weltkrieg, genauer gesagt: schon in den Gefangenenlagern, in den Schützengräben und in den Konzentrationslagern haben sich Männer und Frauen aus diesen Vorgängerparteien zu einer Union zusammengeschlossen. Sie wollten mit diesem Namen – nicht Partei, sondern Union – ausdrücklich Abschied nehmen von der prägenden Gestalt der Klassenparteien, die in der

Weimarer Republik das politische Feld beherrscht hatten. Sie wollten eine Union der Landschaften, der ländlichen und der städtischen Räume, eine Union der sozialen Schichten, der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer. Und sie wollten eine Union der Konfessionen.

Die ökumenische Bewegung begann in Deutschland im politischen Bereich. Erst später haben sich die Kirchen in diese Debatte eingeschaltet und diese Frage zu ihrem Thema gemacht.

Die Männer und Frauen, die die Union gründeten, wollten die christlich-sozialen, die liberalen und die wertkonservativen Traditionen der Vorgängerparteien in einer Partei zusammenführen. Sie wollten einen gemeinsamen neuen Anfang machen. Niemand von ihnen hat damals geahnt, dass dieser Neugründung ein völlig überraschender Siegeszug bevorstand.

Weil beide Volksparteien das Thema der Grünen, die Umweltpolitik und alles was damit zusammenhing und zusammenhängt, nicht rechtzeitig erkannten, entstand zum Ende der siebziger Jahre eine neue, langfristig erfolgreiche Partei. 1979 zogen die Grünen in die bremische Bürgerschaft ein und nach weiteren Erfolgen bei Landtagswahlen 1983 auch in den Deutschen Bundestag.

Übrigens hat nur das Bündnis 90 der jungen Länder dieser Partei 1990 mit Mühe das Überleben als Bundestagsfraktion gesichert. Weil die Bündnis-90-Bewegung im Osten erfolgreich war, konnte die Fraktion im Bundestag weiter bestehen.

Nach der Wiedervereinigung veränderte sich die politische Landschaft noch einmal. Ob es sich dabei um eine Veränderung auf Dauer handelt oder ob sie nur vorübergehend besteht, wird erst die Zukunft lehren. In den jungen Ländern entstand die PDS, wie sich die SED, die vorausgehende kommunistische Staatspartei der DDR – weder aufgelöst noch verboten – jetzt nannte.

Für ihren zunächst regionalen Erfolg waren meines Erachtens im Wesentlichen zwei Gründe maßgebend:

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

Magdeburg

PROF. DR. BERNHARD VOGEL
EHRENVORSITZENDER DER KONRAD-
ADENAUER-STIFTUNG
MINISTERPRÄSIDENT A.D.

6. September 2011

www.kas.de

Erstens, weil der uralte Traum eines sozialistischen Gemeinwesens trotz aller in Europa gemachten schlechten Erfahrungen auch heute noch nicht endgültig ausgeträumt ist. Ein Traum, der bis in die Antike zurück reicht und immer wieder Anhänger gefunden hat und findet. Anhänger, die die Wirklichkeit immer damit entschuldigen, es sei nur falsch gemacht worden. Wenn man es richtig gemacht hätte, hätte es eine Möglichkeit zur Realisierung des Traums gegeben.

Der zweite Grund war für mich, dass die Wandlungsprozesse, die die Menschen in den jungen Ländern vollziehen mussten, schwieriger waren als mancher von uns meinte. Für mich hat sich daraus die Erfahrung ergeben, dass Neubau mitunter einfacher ist als Umbau. Der wirtschaftliche Aufbau des Trümmerhaufens nach 1945 im Westen durch Ludwig Erhardt nach den Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft erwies sich als einfacher als der Umbau einer sozialistischen Planwirtschaft zu einem System der Sozialen Marktwirtschaft. Dies nicht zuletzt auch deswegen, weil man in jeder Universitätsbibliothek viele Bücher entleihen kann, die davon handeln, wie man aus Kapitalismus Sozialismus macht – aber wenig Bücher, wie man aus Sozialismus Soziale Marktwirtschaft macht. Diese musste das Leben erst schreiben. Keine Frage: Diese Schwierigkeiten des Umbaus haben Enttäuschung, haben Resignation, haben ein Gefühl des Allein-gelassen-Werdens und des Nicht-mitgenommen-Werdens produziert. Dies war ein wesentlicher Grund für die Wähler der PDS, ihr ihre Stimme zu geben – zumindest in den ersten Jahren.

Die Fortexistenz einer sozialistischen Partei, der PDS, in den jungen Ländern war aber nicht allein entscheidend. Die Entwicklung im Westen Deutschlands kam hinzu.

Franz Josef Strauss hat einst den klassischen Grundsatz geprägt: Die beiden Volksparteien werden erfolgreich sein, wenn sie an ihren Rändern keine Konkurrenz zulassen. Das bedeutet, dass die Union den demokratischen Bogen bis zur nationalkonservativen Seite hin abdecken muss. Und es bedeutet, dass die SPD sich gleichermaßen

nach links ausrichten muss. Das aber ist der SPD in den letzten Jahren nicht mehr gelungen.

Sie hat die Sammlungsfunktion einer Volkspartei – jedenfalls gegenwärtig und wie ich hoffe nur vorübergehend – verloren. Einmal dadurch, dass ein Sanierungsprogramm für die deutsche Wirtschaft durch Gerhard Schröder, die Agenda 2010, keine Mehrheit in der SPD fand. Ähnlich übrigens wie Jahre zuvor der NATO-Nachrüstungsbeschluss, den Helmut Schmidt entwickelt hat, keine Mehrheit in der SPD gewonnen hatte. Und auch, weil sich ein Teil der Gewerkschafter, so wie viele Protestbewegungen in der Bundesrepublik in der Partei Die Linke zusammenfanden. Sie ist in den letzten Jahren auch in westdeutsche Landtage eingezogen, unter Führung zweier Politiker, denen man eine gewisse charismatische Wirkung nicht absprechen kann: Oskar Lafontaine und Gregor Gysi.

Eine Koalition mit diesen Linken ist für die SPD im Bund zur Zeit nicht vorstellbar – aus ideologischen, aber auch aus personellen Gründen. Ob das für alle Zukunft so bleibt, ist fraglich. Bisher jedenfalls ist es in keinem westdeutschen Land zu einer Koalition zwischen SPD und Linken gekommen. In Ostdeutschland allerdings mehrfach. Auch in Mecklenburg-Vorpommern wird es in diesen Tagen wieder diskutiert, in Berlin ist es in der Vergangenheit dazu gekommen.

Allerdings, das muss man hinzufügen, hat die SPD sich nirgends bereit gefunden, einen linken Ministerpräsidenten zu akzeptieren, so z. B. in Thüringen, wo das lange Zeit diskutiert worden ist.

Das Wahlverhalten der Bürger in der Bundesrepublik hat sich geändert. Die Zahl der Stammwähler hat deutlich abgenommen und die Zahl der Nichtwähler hat deutlich zugenommen.

Wir beschäftigen uns auf Seiten der Union viel mit dem Verlust der Stammwähler. Ich mache nur darauf aufmerksam: Zu den Stammwählern zählten vor Jahren die 50 Prozent Katholiken, die sonntags in die Kirche gingen, sich eine Woche vor der Wahl

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

Magdeburg

PROF. DR. BERNHARD VOGEL
EHRENVORSITZENDER DER KONRAD-
ADENAUER-STIFTUNG
MINISTERPRÄSIDENT A.D.

6. September 2011

www.kas.de

den Hirtenbrief des Bischofs anhörten und nach seinen Empfehlungen wählten. Heute besuchen noch 10 bis 15 Prozent Katholiken sonntags die Kirche, Hirtenbriefe gibt es nicht mehr, und wenn es sie gäbe, würden die Gläubigen nicht unbedingt wählen, was ihnen empfohlen wird.

Die Zahl der Stammwähler hat deutlich abgenommen. Die Zahl der Nichtwähler hat zugenommen.

Bei der Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern haben 48 Prozent der Wahlberechtigten nicht an der Wahl teilgenommen. Außer bei Bundestagswahlen nimmt die Wahlbeteiligung auch bei Kommunal- und Landtagswahlen tendenziell ab.

Ich glaube, es ist nicht mehr richtig, unter den Nichtwählern nur desinteressierte, bequeme Unbeteiligte zu sehen, die die Mühe, zur Wahl zu gehen, am Sonntag scheuen und nicht auf sich nehmen wollen. Vielmehr glaube ich, dass es inzwischen eine bemerkenswerte Gruppe „wählender Nichtwähler“ gibt. Die Partei derer, die aus politischer Überlegung nicht zur Wahl gehen, hat deutlich zugenommen; die in einer Wahlentscheidung ihre politische Entscheidung vermeiden, weil sie die Partei, die sie bisher gewählt haben, nicht mehr wählen wollen, aber noch nicht entschlossen sind, anstelle dessen eine andere Partei zu wählen.

Ich bin in einem Klima aufgewachsen, in dem man zur Wahl ging, und wenn man seine Partei, die man bislang gewählt hatte, nicht mehr wählen wollte, bereit sein musste, eine andere Partei zu wählen. Heute scheint mir die Zahl der politischen Nichtwähler entscheidend gewachsen zu sein. Damit müssen wir uns beschäftigen.

Neben der Zunahme der Nichtwähler ist eine deutliche Veränderung der Parteimitgliedschaft zu verzeichnen. Die Sozialdemokraten haben seit 1990 40 Prozent ihrer Mitglieder verloren, die CDU ein Drittel. Im Augenblick freut sich die CDU darüber, dass sie jetzt mehr Mitglieder als die SPD hat. Wir freuen uns, dass wir weniger verloren haben als die anderen.

Die Mitgliederzahlen gehen zurück. Und auch die Soziologie der Neueintritte hat sich verändert. Früher war es üblich, wenn der Vater, der jahrzehntelang Mitglied einer Partei war, starb, dass dann der Sohn aus Pietät in diese Partei eintrat. Das gibt es heute nicht mehr. Wer heute in eine Partei eintritt, will nicht Tradition wahren, sondern will mitgestalten, mitwirken und mit tätig werden. Die Parteien sollten darauf achten.

Mit den Linken ist eine Partei in den Bundestag eingezogen – und das unterscheidet sie von allen anderen Parteien –, die die DDR nicht vorbehaltlos als Unrechtsstaat bezeichnet; die die Zustimmung zum Grundgesetz nur sehr bedingt artikuliert; die den Austritt aus der NATO und das Ende aller Auslandseinsätze der Bundeswehr fordert und die die Zukunft der Europäischen Union in Frage stellt.

Die Linke ist die einzige Partei, die in Grundfragen mit anderen Parteien nichts gemein hat. Ganz aktuell hat das die unselige Mauerdiskussion gezeigt und, wie ich finde, noch unseliger der Glückwunschbrief an Fidel Castro.

Die Sozialdemokraten haben sich ebenfalls gewandelt. Ein deutlicher Verlust der Bindungswirkung ist festzustellen und dass es zu einem Erstarren des linken Flügels gekommen ist – trotz und nicht wegen der Abwanderung von Wählern zu den Linken.

Hier scheint mir der eigentliche Schwachpunkt darin zu liegen, dass die SPD über dieses Erstarren der Linken erstaunt und konsterniert ist, aber nicht wirklich die Auseinandersetzung mit der Programmatik der Linken begonnen hat. Hinzu kommt – was häufig übersehen wird – dass es der SPD in den jungen Ländern, vor allem in ihren klassischen Wählerhochburgen Sachsen und Thüringen bis heute nicht gelungen ist, ein flächendeckendes Organisationsnetz zu entwickeln. Zehn Prozent sozialdemokratische Wähler in Sachsen – das ist keine Tradition in einem Land, das als rotes Sachsen galt.

Es ist der Sozialdemokratie offensichtlich nicht gelungen, nach 1989 aus der Zwangs-

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

Magdeburg

PROF. DR. BERNHARD VOGEL
EHRENVORSITZENDER DER KONRAD-
ADENAUER-STIFTUNG
MINISTERPRÄSIDENT A.D.

6. September 2011

www.kas.de

vereinigung so herauszufinden, dass ihr der Aufbau eines flächendeckenden Parteinetzes wirklich geglückt wäre. Dies ist ein Unterschied zu der Entwicklung der Union.

Aber natürlich: Veränderungen gibt es auch in der CDU und in der CSU. Weil Deutschland in der Tat – Volker Rühe hat das einmal gesagt – durch die Wiedervereinigung ostdeutscher, protestantischer und weniger kirchlich geworden ist. In der Vergangenheit waren die Katholiken in der Wählerschaft der CDU und auch in der Parteiführung in der Mehrheit. Beides ist nicht mehr der Fall.

Ich halte Konrad Adenauer für einen weitblickenden Mann. Aber die Vorstellung, dass seine Nachfolgerin einmal eine evangelische Pfarrerstochter aus Brandenburg sein würde, hatte er wohl nicht gehabt. Trotzdem bin ich mir ganz sicher: Er hätte auch bei der letzten Bundestagswahl CDU gewählt.

Und schließlich: Bei den Grünen hat sich vielleicht die stärkste Wandlung vollzogen. Die Wandlung von einer Antipartei hin zu einer ganz normalen Partei; hin zu Normalisierung und Flexibilisierung – mit dem Ergebnis, erstmals einen Ministerpräsidenten in einem Land der Bundesrepublik zu stellen. Das hätte in den Anfangsjahren dieser Antipartei niemand, vor allem kein Grüner von damals, je für möglich gehalten. Auch nicht, dass es eine erste, wenn auch nicht sehr glückliche Koalition zwischen CDU und Grünen in Hamburg gegeben hat, und dass es eben jetzt in Baden-Württemberg sogar einen grünen Ministerpräsidenten gibt.

Die FDP darf ich nicht übergehen. Dass sich hier ein Wandlungsprozess vollzogen hat, brauche ich wohl nicht lange zu erklären, allerdings ein Wandlungsprozess eigener Art: Von einer Partei, die fulminante Wahlergebnisse aus der Opposition heraus erzielen kann, die sich aber erstaunlich schwer tut, Regierungsverantwortung zu übernehmen. In den ersten Monaten der schwarz-gelben Bundesregierung hatte man den Eindruck, als handele es sich um Oppositionelle mit Dienstwagen. Heute hat man den Eindruck, dass der in der Tat – das will ich durchaus einräumen – nicht ganz einfache Umstieg von der Oppositionsrolle in die Mit-

verantwortungsrolle der FDP nicht, vielleicht sogar nicht mehr gelungen ist.

Sie werden von mir natürlich schließlich noch eine Bemerkung zum Rechtsradikalismus erwarten – zumal es in einigen, wenn auch, Gott sei Dank, wenigen Landesparlamenten, wenn auch leider wieder in Mecklenburg-Vorpommern und leider auch in Sachsen, rechtsradikale Abgeordnete gibt.

So sehr ich großes Verständnis für die Sorgen habe, die diese Entwicklung im In- und vor allem auch im Ausland auslöst, so erfreulich ist die geschlossene Gegnerschaft aller politischen Parteien gegen rechtsradikale Gruppen. Es ist erfreulich, dass es diese Geschlossenheit gibt.

Ich würde sie mir gelegentlich auch bei anderen ganz grundsätzlichen Fragen wünschen, denn – das sei doch angemerkt –: Partei heißt Teil; die Partei dient dem Ganzen; Partei heißt nicht das Ganze. Deswegen ist es erfreulich, dass es gegen den Rechtsradikalismus eine geschlossene Abwehr gibt. Gegenüber dem Linksradikalismus ist eine solche Geschlossenheit leider nicht festzustellen.

Ich weiß natürlich und will es ausdrücklich noch einmal betonen: Die beiden Diktaturen des 20. Jahrhunderts in Deutschland darf man nicht vergleichen, auch wenn sie beide Unrecht und Unfreiheit gebracht haben! Man darf sie nicht vergleichen!

Es ehrt uns Deutsche, mit welcher Gründlichkeit wir uns mit der grausamen nationalsozialistischen Diktatur beschäftigt haben. Aber in den Schulbüchern unserer Kinder sollte auch anderthalb Seiten Platz für die Erfahrungen mit Herrn Honecker und mit Herrn Ulbricht sein.

Eine ernsthafte Krise des Parteiensystems in der Bundesrepublik sehe ich nicht. Eine ernsthafte Bedrohung der Stabilität der Bundesrepublik sehe ich nicht. Aber Haarrisse werden erkennbar, auf die man aufpassen muss: Die Schwächung der Volksparteien, die Aufsplitterung des Parteiensystems, die Wandlung der Parteien, das Erstarken der rechts- und der linksradikalen

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

Magdeburg

PROF. DR. BERNHARD VOGEL
EHRENVORSITZENDER DER KONRAD-
ADENAUER-STIFTUNG
MINISTERPRÄSIDENT A.D.

6. September 2011

www.kas.de

Flügel und die fraglos wachsende Verdrossenheit gegenüber Politik und Politikern.

Dabei ist zu bedenken, dass wir in Deutschland gegenwärtig einen entscheidenden Generationswechsel erfahren. Die Letzten, die ihre Prägung noch aus der Erfahrung der Katastrophe von Weimar und des Nationalsozialismus gewonnen haben, nehmen Abschied. Der jungen Generation muss man die Begründung unserer Ordnung und unserer Grundentscheidungen neu liefern. Das muss man neu erklären.

Mir, der ich als Kind noch in den Luftschuttkellern gesessen habe, braucht niemand begreiflich machen, warum wir ein konstruktives Misstrauen beim Kanzlerwechsel haben, warum wir eine Fünf-Prozent-Klausel haben, warum wir keine Direktwahl des Bundespräsidenten und dergleichen mehr haben.

Das sind Erfahrungen, die wir gemacht haben, bspw. mit Hindenburg oder auch mit Plebisziten, wo Kommunisten und Nationalsozialisten gemeinsame Sache gegen die Demokraten gemacht haben. Das muss man uns nicht erklären. Aber der neuen Generation muss man das neu erklären und verdeutlichen.

Im Übrigen haben wir in unserer Lebenszeit zwar unglaublich viele unlösbar erscheinende Probleme gelöst. Aber das ist kein Grund, die heutige Generation in belehrendem Ton zu belehren, sondern wir sollten ihr sagen: Habt Mut! Ihr habt neue Probleme, aber es wäre doch gelacht, wenn ihr die heutigen Probleme – wenn ihr Mut habt und die Ärmel hochkrepelt – nicht genau so lösen könnt, wie wir unsere Probleme gelöst haben. Denkt daran, dass wir Jahrzehnte mit der Angst vor einem dritten Weltkrieg gelebt haben. Denkt daran, dass wir Jahrzehnte nicht auf die Wiedervereinigung hoffen durften. Lernt daraus: Probleme sind lösbar. Sagt nicht: Wir wissen es besser. Probleme, die es vor zwanzig Jahren nicht gab, die wir zum Teil vor zwanzig Jahren nicht einmal absehen konnten, stehen vor uns und müssen gelöst werden.

Die Volksparteien haben nicht ausgedient. Von ihrer Entwicklung und von ihrer Zukunft hängt die Stabilität unserer parlamentarischen Demokratie ab. Die Alternative denkbarer Dreierbündnisse in der Regierung, wie wir sie gegenwärtig in einem einzigen Fall, im Saarland, beobachten können, muss zwangsläufig zu weniger handlungsfähigen Regierungen führen, zu einer zusätzlichen Schwächung der Regierung.

Ihren Charakter dürfen die Volksparteien bei allen Änderungen nicht aufgeben. Sie dürfen nicht zu Nebenparteien werden, sie dürfen nicht zu Dienstleistungsparteien zusammenschrumpfen, sie dürfen keine Schönwetter- und keine Gefälligkeitspartei werden. Sie erlauben dem Wähler Kompromisse selbst zu schließen, die bei einem Mehrparteiensystem bei Koalitionsverhandlungen in Hinterzimmern von anderen geschlossen werden müssen.

Sie tragen entscheidend dazu bei, nicht am Wahltag über diese oder jene aktuelle Frage abzustimmen, sondern Persönlichkeiten Vertrauen zu schenken und Programmen zuzustimmen, ihnen für eine begrenzte Zeit ein Mandat zu geben. Die Themen, die am Wahltag diskutiert werden, bestimmen in aller Regel nur bedingt den Lauf von vier oder fünf Legislaturjahren. Deswegen müssen Persönlichkeiten gewählt werden, denen ich zutraue, in meinem Sinn zu handeln. Deswegen muss ich ihr Programm und muss ich ihre Grundsätze kennen.

Es ist sehr erfreulich, wenn Parteien auf die Wähler zugehen, wenn sie Umfragen zur Kenntnis nehmen, wenn sie den Menschen, wenn sie dem Volk sprichwörtlich „aufs Maul“ schauen. Aber ich begrüße ebenso, wenn sie ihm nicht nach dem Munde reden.

Es stimmt mich nachdenklich, dass sehr viele Entscheidungen in der Geschichte der Bundesrepublik in Umfragen von Allensbach keineswegs mehrheitsfähig waren, als sie getroffen wurden – später aber als richtig begrüßt wurden.

Mir steht ein unvergessliches Beispiel vor Augen: 1953 beschließt Konrad Adenauer im Frühjahr die Wiederaufstellung der Bun-

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

Magdeburg

PROF. DR. BERNHARD VOGEL
EHRENVORSITZENDER DER KONRAD-
ADENAUER-STIFTUNG
MINISTERPRÄSIDENT A.D.

6. September 2011

www.kas.de

deswehr. Eine mutige Entscheidung im Jahr 1953! In derselben Zeit begannen Allensbach und andere, Meinungsumfragen durchzuführen. Sein Pressesprecher, Felix von Eckart, sucht ihn auf und sagt: „Herr Bundeskanzler, das mit der Wiederbewaffnung sollten Sie lassen. 83 Prozent der Bevölkerung ist dagegen. Bedenken Sie: Im Herbst ist Bundestagswahl.“ Adenauers Antwort war: „Nein, Herr von Eckart, ich werde das nicht lassen, aber Sie werden viel Arbeit bekommen.“ Jeder weiß: Die anschließende Bundestagswahl wurde zur klaren Bestätigung der Politik Adenauers.

Der Beschluss Ludwig Erhards, am Tag der Währungsreform die Preise freizugeben und freien Handel zuzulassen, hätte in keiner Partei und in keinem Parlament eine Mehrheit erhalten. Der NATO-Nachrüstungsbeschluss ist von der Mehrheit lange bekämpft worden. Die Sozialgesetzgebung, die großen Sozialgesetzgebungen waren nicht populär, haben sich aber als richtig erwiesen.

Darum füge ich dem Satz „Lasst uns auf die Wähler zugehen“ hinzu: Parteien müssen wissen, was der Wähler will, aber Parteien sind auch dafür da, Ziele vorzugeben und zu begründen, warum diese Ziele richtig sind und verfolgt werden sollten. Beides ist Aufgabe einer Volkspartei, nicht nur eines von beiden.

Ich wünsche mir, dass die SPD ihre Krise überwindet und erneut – wie schon oft in der Geschichte – linke Absplitterungen überwindet. Natürlich will ich, dass sie schwächer bleibt als die Union. Aber man kann auch neben der Union als Volkspartei erfolgreich sein.

Und ich wünsche mir, dass die Union die Kraft findet, die gegenwärtige innerparteiliche Diskussion gestärkt zu beenden.

Lassen Sie mich zum Schluss dazu noch eine Anmerkung machen: Dass über das „C“ diskutiert, geschrieben und gestritten wird, das kann ich nicht beklagen; das finde ich erfreulich; das ist ein gutes Zeichen. Das „C“ war immer schon ein Stein des Anstoßes. Es ist immer schon zu Recht nicht als

Anspruch, sondern als Verpflichtung verstanden worden. Deswegen stimme ich meinem Freund Erwin Teufel und meinem Weggefährten Helmut Kohl in Vielem zu. Ich empfehle dringend ernst zu nehmen, was Teufel, Kohl und andere gesagt haben.

Ich füge aber hinzu: Was sie gesagt haben, langt mir allein nicht. Die Verhältnisse haben sich geändert, die Menschen haben sich geändert. Geschlossene Stammwählerschaften in früherem Umfang gibt es nicht mehr. Neue Fragen erfordern neue Antworten. Dabei ist für mich selbstverständlich klar: Das christliche Menschenbild muss unser Fundament bleiben – ich empfehle manchen Mitgliedern, das Grundsatzprogramm der CDU gelegentlich einmal in den Urlaub mitzunehmen und es wieder zu lesen –; es muss selbstverständlich unser Fundament bleiben. Darauf aufbauend müssen wir neue, realistische Antworten auf neue Fragen geben.

Selbstverständlich halte ich daran fest, dass die Ehe und die Familie den besonderen Schutz des Staates beanspruchen können. Ich halte auch daran fest, dass es das Recht und – wie es im Grundgesetz heißt – die Pflicht der Eltern ist, die Kinder zu erziehen. Aber ich kann doch nicht darüber hinwegsehen, dass ein beträchtlicher Teil der Kinder nicht mehr in Ehen und Familien aufwächst, sondern vorehelich oder außerehelich geboren wird. Ob ich das billige oder nicht: Ich kann doch nicht die Realität verschweigen.

Ich war ein begeisterter Anhänger der Wehrpflicht, weil sie Armee und Volk zusammenbrachte. Ich habe das über Jahrzehnte begrüßt. Aber ich kann doch nicht darüber hinwegsehen, dass, als die Bundeswehr gegründet wurde, kein Mensch in der Welt es für möglich hielt, dass Deutsche in Uniform außerhalb Deutschlands Dienst tun würden und dass wir heute eine andere Armee zur Verteidigung der Freiheit an vielen Stellen in der Welt brauchen.

Natürlich bin ich dafür, dass wir aus den Ereignissen in Japan die notwendigen Konsequenzen ziehen. Nur bin ich dafür, dass wir all denen, die jetzt Beifall klatschen, sagen: Klatschen Sie bitte auch Beifall, wenn in

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

Magdeburg

PROF. DR. BERNHARD VOGEL
EHRENVORSITZENDER DER KONRAD-
ADENAUER-STIFTUNG
MINISTERPRÄSIDENT A.D.

6. September 2011

www.kas.de

zwei, in fünf, in sieben Jahren die Konsequenzen dieser Entscheidung getragen werden müssen. Dann darf der Beifall nicht schlagartig zurückgehen.

Oder Europa: Hier herrscht eine miese Stimmung. Ich kann es verstehen – soweit man überhaupt noch versteht, was jeden Tag gesagt wird. Aber warum haben wir Europa denn geschaffen? Weil wir endlich, nach Jahrhunderten der Kriege, Frieden in Europa wollten. Weil wir endlich Schluss machen wollten mit Bürgerkriegen.

Europa ist für mich in allererster Linie ein anderes Wort für Frieden. Und daran muss man festhalten, auch wenn es gegenwärtig sehr bewölkt ist. Immerhin ist es mir lieber, eine Milliarde nach Griechenland zu zahlen, als eine Milliarde für eine Woche Schlacht bei Flandern oder vor Verdun auszugeben.

Die jungen Menschen von heute haben viele Probleme, und diese Probleme muss man sehr ernst nehmen. Nur ein Problem haben sie nicht: Sie müssen nicht fürchten, mit 23 Jahren auf einem Schlachtfeld in Polen, in Belgien, in Deutschland oder anderswo ihr Leben beenden zu müssen. Und dafür muss man kämpfen! Grundsatzfest, aber gleichzeitig mit einem realistischen Blick für die heute anstehenden Probleme.

Wenn Sie mir bisher gefolgt sind und entschuldigen, dass ich 55 Minuten gesprochen habe: Zur Rettung der Volkspartei kann man sich auch in einer Volkspartei engagieren. Ich habe zwar die Erfahrung gemacht, dass man bisweilen ertragen muss, dass das mancher in der falschen Partei tut, so wie mein Bruder. Aber ich gehe so weit, jedem Respekt zu zollen, der sich in einer demokratischen Partei engagiert.

Wir müssen über die Zukunft der Volksparteien sprechen. Aber noch besser ist, wenn wir etwas dafür tun.

Herzlichen Dank!